

Pressespiegel vom 23.02.2011

Sächsische Zeitung

Dresden sucht ein Konzept gegen Gewalt

Von Thilo Alexe und Alexander Schneider

Die Stadt will Demos, Ausschreitungen und friedliche Proteste vom Wochenende analysieren. Die Randalie soll sich nicht wiederholen.

Im Prinzip herrscht Einigkeit, im Detail nicht. Ein Gewalt-Sonnabend wie am 19. Februar, als sowohl Rechts- wie Linksextremisten zuschlugen, darf sich in Dresden nicht wiederholen. Allerdings sind die Wege, die zu diesem Ziel führen können, verschlungen und womöglich schwer gangbar. Eine Analyse.

Was Plant die Stadt für

das kommende Jahr?

Der amtierende Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) kündigt die umfassende Analyse des vergangenen Wochenendes an: „Wir wollen jetzt die Ereignisse nachbereiten, damit sich in der Zukunft nicht das wiederholt, was sich am Sonnabend abgespielt hat. Wir müssen auswerten, was darf und kann an Versammlungen genehmigt werden. Wir müssen den Blick vorausrichten und analysieren, wie wir im nächsten Jahr mit dem Gedenken umgehen wollen, welche Maßnahmen geeignet sind.“ Ende März soll sich nach Angaben von Stadtsprecherin Heike Großmann die Arbeitsgruppe treffen, die für den vergangenen 13. Februar die Menschenkette organisiert hat. Zu ihr zählen Vertreter von Kirchen, den Stadtratsfraktionen sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. „Mit Verbänden, Initiativen, den Kirchen sowie Vertretern des Stadtrates treten wir in eine breite Diskussion ein“, sagte Hilbert. Ob es im kommenden Jahr aber wieder eine Menschenkette geben wird, ist noch offen.

Werden Neonazi-Aufmärsche

Erneut blockiert?

Unstrittig ist, dass Blockaden am 19. Februar verhindert haben, dass Rechtsextreme durch die Stadt laufen. Das Bündnis „Dresden nazifrei“, dem vorwiegend linke Organisationen, aber auch Künstler angehören, will am bisherigen Vorgehen festhalten. Die erfolgreiche Blockade „ist für uns kein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen“, heißt es in einer aktuellen Erklärung des Bündnisses. „Auch nächstes Jahr werden wir den Nazi-Aufmarsch in Dresden blockieren, und das, bis er Geschichte ist.“

Wie kann Gewalt verhindert werden?

Das ist die Kernfrage. Im kommenden Jahr hilft womöglich der Kalender. Der

13. Februar fällt auf einen Montag, sodass die Rechtsextremen vermutlich für das folgende Wochenende mobilisieren. Sollte an diesem Tag eine Menschenkette wieder 17000 Dresdner anlocken, wäre das ein eindrucksvolles Zeichen gegen Extremisten. Womöglich nähme das auch den Druck aus der Debatte. Doch das sind Spekulationen. Die Staatsregierung hofft, dass die Gewalt, die von Neonazis ausging, Gerichte anders als 2010 zu restriktiven Entscheidungen veranlasst. Bislang wurden die Rechtsextremen als „Nichtstörer“ eingestuft. TU-Rektor Professor Hans Müller-Steinhagen, der die Menschenkette angemeldet hatte, betont: „Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sind hohe Güter, aber die Gewährung dieser Freiheiten darf nicht zu Zerstörung und Gewalt führen, wie das am 19. Februar passiert ist.“

Gibt es Impulse aus der Dresdner Bürgerschaft?

Eine interessante Wortmeldung kommt von der Initiative Bürger Courage. Der Vorsitzende des parteiübergreifenden Vereins, Christian Demuth, betont: „Aufgabe der Stunde ist es, dass sich alle Beteiligten – auch die Zivilgesellschaft – zusammensetzen und überlegen, wie der Gewalt von Nazis und Randalierern am Rande friedlicher Proteste begegnet werden kann.“ Polizei sowie die „politische Spitze“ in Sachsen und Dresden hätten friedlichen Protest jahrelang kriminalisiert. Daher sei kein städtischer Bürgerprotest entstanden. Dresdens Tourismuschefin Bettina Bunge sagt: „Wir müssen uns frühzeitig zusammensetzen, um eine langfristige Strategie der Gewaltprävention, des angemessenen Gedenkens und der Kommunikation Dresdens als weltoffene Stadt ohne Toleranz für Gewalt zu entwickeln.“

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Dresden_sucht_ein_Konzept_gegen_Gewalt/articleid-2695368

Millionenkosten für den Einsatz der Polizei

Von Alexander Schneider

Nach ersten Schätzungen des Innenministeriums kosteten die Einsätze am 13. und 19. Februar etwa sieben Millionen Euro.

Zwei Wochenenden im Ausnahmezustand, Großeinsätze der Polizei mit einmal 6000 und einmal 6300 Beamten aus ganz Deutschland: Das ist der Aufwand, der für die Demonstrationen anlässlich des Jahrestages der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg und den Neonazi-Aufmärschen betrieben wurde. Der Steuerzahler trägt die Kosten. Laut Innenminister Markus Ulbig (CDU) hatte der Polizeieinsatz zum 13. Februar vergangenen Jahres – da gab es erhebliche Krawalle in der Neustadt – den Freistaat knapp vier Millionen Euro gekostet. Damals waren 7400 Beamte im Einsatz, aber nur an einem Wochenende. Das Ministerium schätzt nun, dass für dieses Jahr mit knapp der doppelten Summe zu rechnen ist, etwa sieben Millionen Euro.

Schadenshöhe unklar

Dazu kommen Kosten für die Beseitigung der Schäden. Nächste Woche will die Polizei eine – auch dann noch vorläufige – Bilanz zum Ausmaß der Zerstörungen bekannt geben. „Wir haben noch keinen Überblick, täglich kommen Anzeigen hinzu“, sagte gestern Polizeisprecherin Jana Ulbricht. Auch die anwesenden Polizeieinheiten haben längst nicht alle Schäden gemeldet. Gestern hat die eigens gegründete Sonderkommission „19.Februar“ mit 20 Beamten ihre Arbeit aufgenommen. Ein Großteil der Aufgabe wird die Identifizierung von Tätern auf Videobildern sein. Manche der Ausschreitungen von Links- und Rechtsextremen sind gut dokumentiert.

Neben 1800 Beamten der Bundespolizei waren 37 Hundertschaften geschlossener Einheiten der Polizei aus fast allen Bundesländern – außer Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Saarland – am Sonnabend in Dresden. Sie werden sich noch lange an den extremen Einsatz in Dresden erinnern, denn das Ausmaß der Gewalt sei auch für sie „beispiellos“ gewesen, sagte Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch. 82 Polizisten wurden verletzt, mindestens sieben schwer. Ein Beamter soll einen schweren, möglicherweise bleibenden Hörschaden erlitten haben.

Nach Angaben des Dresdner Rettungsdienstes wurden zahlreiche verletzte Demonstranten behandelt und manche in Kliniken gebracht. Zum Löschen von Mülltonnen, Autos, Barrikaden und einer Baracke in der Südvorstadt kamen die Retter nur unter Polizeischutz – auch die Feuerwehr wurde von Autonomen mit Steinen beworfen.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Millionenkosten_fuer_den_Einsatz_der_Polizei/articled-2695372

Linke kritisieren Großrazzia im Haus der Begegnung

Der Polizeieinsatz und die Razzia in dem Gebäudekomplex an der Großenhainer Straße 93 war rechtens. Das teilten gestern Landeskriminalamt (LKA) und Staatsanwaltschaft mit. Bei der Beantragung des richterlichen Durchsuchungsbeschlusses sei immer klar gewesen, dass es sich um die Räume des Stadtverbands der Dresdner Linkspartei und anderer Vereine sowie das Jugendhaus des Vereins Roter Baum handelt. Das hatten die Aufklärungsergebnisse am Sonnabend ergeben. „Die Ermittler erhielten Hinweise, dass sich in dem Gebäudekomplex Linksextreme aufhalten, die im Rahmen des Demonstrationsgeschehens des 19. Februars Gewaltstraftaten im Stadtgebiet koordinieren“, heißt es in der Presseerklärung von Staatsanwaltschaft und LKA. Dass in dem formellen Beschluss die Hausnummer „86a“ stand, sei ein zu vernachlässigender Formfehler, der nicht zur Rechtswidrigkeit des Einsatzes führt. Ein Spezialeinsatzkommando hatte die Räume abends gestürmt und dort Handys, Computer und Unterlagen beschlagnahmt. 120 Beamte waren im Einsatz.

Sachsens Linkspartei-Chef Rico Gebhardt sprach von einem „Überfallkommando“ im Haus der Begegnung und einem fehlgeschlagenen Einsatz. Der Linken-

Rechtsanwalt und -Stadtrat André Schollbach hält die Durchsuchung sogar für rechtswidrig. (lex)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Linke_kritisieren_Grossrazzia_im_Haus_der_Begegnung/articleid-2695369

Die Sache kann peinlich werden

Von Alexander Schneider

über den Einsatz der Polizei am 19. Februar

Es ist schon sehr merkwürdig: Da wabert ein unglaublicher Verdacht durch die Stadt, doch niemanden scheint es ernsthaft zu interessieren: Linksextremisten lotsen aus dem Haus der Begegnung heraus offenbar gezielt ihre gewalttätigen Truppen durch die Stadt und lenken sie zu den Brennpunkten – den Straßenschlachten mit der Polizei oder Orten, an denen Nazis vermutet werden.

Doch anstatt sich mit dem heftigen Vorwurf auseinander zu setzen, reagieren die Genossen mit Spott und Häme, erinnern an frühere zweifelsohne spektakuläre Verwechslungen des Spezialeinsatzkommandos, schimpfen auf die Polizei, die angeblich nicht in der Lage war, die Situation im Griff zu behalten.

Es sieht ganz danach aus, als ob die nun veröffentlichte Entrüstung von eigenen Verfehlungen ablenken soll. Wer hatte alles Zugang zum Haus der Begegnung? Was wurde dort getrieben?

Nach Lage der Dinge hat es sich die Polizei nicht leicht gemacht, ausgerechnet am Sonnabend das Haus mit 120 Beamten zu stürmen, um Beweise zu sichern. Man hatte die Verdächtigen an dem Tag schon länger beobachtet und wohl auch abgehört. Das Gebäude hatte man ausgekundschaftet. 21 Computer und 25 Handys wurden sichergestellt. Das spricht nicht für eine Verwechslung. Also: Es wäre wohl für manchen Politiker besser, den Ball flach zu halten. Die Geschichte kann noch sehr peinlich werden.

Und eines muss auch einmal gesagt werden: Die Gewalt ging am Sonnabend von Links- und Rechtsextremisten aus, nicht von der Polizei. Die Beamten haben, einmal mehr, einen guten Job gemacht.

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Die_Sache_kann_peinlich_werden/articleid-2695376

Polizei-Vizechef zeigt Wolfgang Thierse an

Der Vizepräsident des Bundestages bekommt Ärger wegen seiner Äußerungen zum 19. Februar in Dresden.

Dresden. Wegen umstrittener Äußerungen zum Demokratieverständnis in Sachsen

und seiner Beteiligung an Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch droht Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) Ärger mit der Justiz.

Der Vizechef der Polizeidirektion Oberes Elbtal/Osterzgebirge, Andreas Arnold, hat Thierse angezeigt. Das bestätigte eine Polizeisprecherin gestern in Dresden. Hintergrund sei eine Äußerung von Thierse im MDR-Fernsehen am Sonnabend, sagte sie.

Thierse hatte im „Sachsenspiegel“ die Absicherung einer Neonazi-Kundgebung durch die Einsatzkräfte kritisiert. „Die Polizei ist eben vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu schützen. (...) Das ist sächsische Demokratie“, hatte Thierse dazu gesagt. Arnolds Ansicht nach müssten sich die sächsischen Polizisten und die Einsatzkräfte aus den anderen Bundesländern durch diese Aussage eines der höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik beleidigt fühlen, sagte ein Sprecher. CDU-Innenminister Markus Ulbig hatte die Äußerungen Thierses scharf kritisiert. Die Regierungsparteien CDU und FDP gingen ebenfalls auf Distanz.

Thierse muss auch wegen möglicher Verstöße gegen das Versammlungsgesetz mit juristischen Folgen rechnen. Die Staatsanwaltschaft Dresden erklärte, es werde sicherlich auch im Fall namentlich bekannter Politiker Vorprüfungen geben, ob gegebenenfalls die Aufhebung der Immunität beantragt und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werde.

Unterdessen hat das Landeskriminalamt Pannen bei einer Großrazzia gegen Dresdens Linkspartei eingeräumt. Der Durchsuchungsbefehl sei für ein Gebäude an der „Großenhainer Straße 86“ beantragt worden. Staatsanwaltschaft und Polizei sei jedoch klar gewesen, dass die „Großenhainer Straße 93“ durchsucht werden sollte. Dies sei ein „zu vernachlässigender Formfehler“. (SZ/dapd/dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Polizei-Vizechef_zeigt_Wolfgang_Thierse_an/articleid-2695060

Landtag befasst sich mit Randale am 19. Februar

Die gewaltsamen Ausschreitungen bei den Neonazi-Aufmärschen am 19. Februar in Dresden haben ein parlamentarisches Nachspiel.

Dresden CDU und FDP wollen die Ereignisse in der Aktuellen Stunde des Landtages im März beleuchten, kündigte die FDP am Mittwoch an. In einer ungewöhnlich langen Pressemitteilung gab Fraktionschef Holger Zastrow auch gleich die Linie vor. Demnach müssen Linke, SPD und Grüne „ihr Verhältnis zum Rechtsstaat und zu linken Gewalttätern klären“. „Wir müssen Schlussfolgerungen aus den Gewaltexzessen ziehen“, sagte Zastrow. Am vergangenen Samstag hatten tausende Menschen Aufmärsche von Neonazis blockiert. Dabei kam es zu Randale, 82 Polizisten wurden verletzt. Auch viele Rechtsextreme wurden gewalttätig.

Zastrow warf „linksgrünen Politikern“ vor, wiederholt und im vollen Bewusstsein der Rechtswidrigkeit genehmigte Demonstrationen zu blockieren.

„Gerichtsentscheidungen werden ignoriert, Recht wird bewusst gebrochen, man sitzt in der ersten Reihe illegaler Blockierer“, kritisierte er Politiker wie SPD-Fraktionschef Martin Dulig und den Grünen-Abgeordneten Johannes Lichdi. FDP und CDU hatten am Samstag eine Mahnwache zum Schutz der Synagoge abgehalten. Allerdings zählt das jüdische Gotteshaus sowieso zu jenen Orten, an denen Rechtsextreme nach dem Versammlungsgesetz gar nicht aufmarschieren dürfen.

Besonders scharf griff Zastrow die Linken an. Sie bereiteten wie keine zweite politische Kraft Linksextremisten den Boden für verfassungsfeindliches Handeln, kritisierte er. „Die Partei, die weiterhin Stasi-IMs in ihren Reihen duldet, hat nicht nur ein Problem mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Gegenwart.“ Noch erschreckender sei aber das Verhalten der Sozialdemokraten. Namentlich ging er Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) und Dulig an. Thierse hatte in einem TV-Interview das Verhalten der Polizei so beschrieben: „Die Polizei ist eben vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu schützen. Das ist so. Das ist sächsische Demokratie.“ (dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Landtag_befasst_sich_mit_Randale_am_19_Februar/articleid-2695542

Dresdner Neueste Nachrichten

Landtag befasst sich mit Randale am 19. Februar

dpa

Die Gewaltexzesse bei den Neonazi-Aufmärschen am 19. Februar in Dresden haben ein parlamentarisches Nachspiel. CDU und FDP wollen die Ereignisse in der aktuellen Stunde des Landtages im März beleuchten, kündigte die FDP am Mittwoch an. In einer ungewöhnlich langen Pressemitteilung gab Fraktionschef Holger Zastrow auch gleich die Linie vor. Demnach müssen Linke, SPD und Grüne „ihr Verhältnis zum Rechtsstaat und zu linken Gewalttätern klären“.

„Wir müssen Schlussfolgerungen aus den Gewaltexzessen ziehen“, sagte Zastrow. Am vergangenen Samstag hatten tausende Menschen Aufmärsche von Neonazis blockiert. Dabei kam es zu Randale, 82 Polizisten wurden verletzt. Auch viele Rechtsextreme wurden gewalttätig. Zastrow warf „linksgrünen Politikern“ vor, wiederholt und im vollen Bewusstsein der Rechtswidrigkeit genehmigte Demonstrationen zu blockieren. „Gerichtsentscheidungen werden ignoriert, Recht wird bewusst gebrochen, man sitzt in der ersten Reihe illegaler Blockierer“, kritisierte er Politiker wie SPD-Fraktionschef Martin Dulig und den Grünen-Abgeordneten Johannes Lichdi.

FDP und CDU hatten am Samstag eine Mahnwache zum Schutz der Synagoge abgehalten. Allerdings zählt das jüdische Gotteshaus sowieso zu jenen Orten, an denen Rechtsextreme nach dem Versammlungsgesetz gar nicht aufmarschieren dürfen. Besonders scharf griff Zastrow die Linken an. Sie bereiteten wie keine zweite

politische Kraft Linksextremisten den Boden für verfassungsfeindliches Handeln, kritisierte er. „Die Partei, die weiterhin Stasi-IMs in ihren Reihen duldet, hat nicht nur ein Problem mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Gegenwart.“

Noch erschreckender sei aber das Verhalten der Sozialdemokraten. Namentlich ging er Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) und Dulig an. Thierse hatte in einem TV-Interview das Verhalten der Polizei so beschrieben: „Die Polizei ist eben vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu schützen. Das ist so. Das ist sächsische Demokratie.“

Linke-Parteichef Rico Gebhardt ließ das nicht auf sich beruhen: „Wenn die selbsternannte bürgerliche Mitte in Dresden endlich aus ihrer Selbstverliebtheit aufwachen und zusammen mit den vielen tausend Demonstranten aus allen Teilen der Republik gegen den Missbrauch dieser Stadt durch Neonazis Gesicht zeigen würde, wären fruchtlose Debatten darüber, wer die Schuld an den nicht tolerierbaren Randalen trägt, nicht notwendig.“ Gebhardt erinnerte daran, dass erst ein breites Bündnis zum zweiten Mal den Marsch der Neonazis verhinderte.

Der Verein „Bürger.Courage“ warf der FDP vor, eine überparteiliche Lösung gegen Nazi-Aufmärsche zu torpedieren. Der FDP-Landtagsabgeordnete Carsten Biesok hatte zuvor vorgeschlagen, bei der Debatte auch Rechts- und Linksextreme mit an den Tisch zu holen. „Herr Biesok bewegt sich weit entfernt von der Realität. Wer glaubt, man könne sich wirklich mit Nazis und Randalierern an einen Tisch setzen, um über Demonstrationenkultur zu sprechen, ist entweder naiv oder hat keine Ahnung.“ Ziel müsse es sein, einen überparteilichen, zivilen Protest gegen die Nazi-Aufmärsche zu organisieren.

Das Innenministerium widersprach am Mittwoch einem Medienbericht, wonach der Polizeieinsatz am 19. Februar den Steuerzahler nach ersten Schätzungen rund sieben Millionen Euro kostet. Eine solche Summe sei nie genannt worden, sagte eine Sprecherin des Ministeriums auf Anfrage. Es würden noch nicht einmal die genauen Kosten vom Einsatz 2010 feststehen. Sachsen muss die Unterbringung der Beamten bezahlen und hat für alle Mehrkosten wie Verpflegung aufzukommen. Neben 4500 Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet waren am Samstag auch 1800 Bundespolizisten im Einsatz.

© DNN-Online, 23.02.2011, 12:43 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/spd-will-sondersitzung-zum-einsatz-am-19-februar/r-19-februar-a-21319.html>

"Haus der Begegnung": Im Durchsuchungsbefehl stand falsche Hausnummer

Thomas Hartwig

Dresden. Landeskriminalamt Sachsen (LKA) und Staatsanwaltschaft Dresden haben am Dienstag Gerüchte zurückgewiesen, sie hätten sich beim SEK-Einsatz im „Haus der Begegnung“ in der Hausnummer geirrt und das falsche Objekt gestürmt. „Unsinn“, erklärte LKA-Sprecherin Silvine Reiche. „Ziel der Durchsuchung war

immer das ‚Haus der Begegnung‘."

Der Rechtsanwalt der Partei Die Linke, André Schollbach, gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der Linke-Stadtratsfraktion, erklärte am Dienstag: „Nach Übergabe einer Verfügung der Staatsanwaltschaft an mich ergibt sich folgendes Bild: Durch das SEK wurde das falsche Gebäude gestürmt." Die Staatsanwaltschaft habe eine Durchsuchung des Gebäudes Großenhainer Straße 86a beantragt. Das „Haus der Begegnung" trägt aber die Nummer 93. „Die Durchsuchung war rechtswidrig", so Schollbach.

Laut Jan Hille, Sprecher der Staatsanwaltschaft, sei es bei der telefonischen Beantragung des Durchsuchungsbeschlusses zu einem Übertragungsfehler gekommen. „Die falsche Adresse ist aber keinem aufgefallen, da von vornherein klar war, dass wir ins ‚Haus der Begegnung‘ wollen." Die falsche Hausnummer sei ein Formfehler, der nicht zur Rechtswidrigkeit des Einsatzes führe.

Die Staatsanwaltschaft ermittle gegen mehrere Personen, die vom „Haus der Begegnung" aus am 19. Februar Gewalttaten koordiniert haben sollen. „Wir prüfen jetzt, wer was getan hat und was strafrechtlich relevant ist", so Hille.

© DNN-Online, 23.02.2011, 08:11 Uhr

<http://www.dnn-online.de/specials-dd/specialthemen/19-februar/durchsuchung-im/r-19-februar-a-21435.html>

Falsche Hausnummer im Text

Linke-Schollbach: „Durchsuchung war rechtswidrig“

Landeskriminalamt Sachsen (LKA) und Staatsanwaltschaft Dresden haben gestern Gerüchte zurückgewiesen, sie hätten sich beim SEK-Einsatz im „Haus der Begegnung“ (DNN berichtete) in der Hausnummer geirrt und das falsche Objekt gestürmt. „Unsinn“, erklärte Silvine Reiche, „Ziel der Durchsuchung war immer das „Haus der Begegnung“.“

Der Rechtsanwalt der Partei Die Linke, André Schollbach, gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der Linke-Stadtratsfraktion, erklärte gestern: „Nach Übergabe einer Verfügung der Staatsanwaltschaft an mich ergibt sich folgendes Bild: Durch das SEK wurde das falsche Gebäude gestürmt.“ Die Staatsanwaltschaft habe eine Durchsuchung des Gebäudes Großenhainer Straße 86a beantragt. Das „Haus der Begegnung“ trägt aber die Nummer 93. „Die Durchsuchung war rechtswidrig“, so Schollbach.

Laut Jan Hille, Sprecher der Staatsanwaltschaft, sei es bei der telefonischen Beantragung des Durchsuchungsbeschlusses zu einem Übertragungsfehler gekommen. „Die falsche Adresse ist aber keinem aufgefallen, da von vornherein klar war, dass wir ins „Haus der Begegnung“ wollen.“ Die Falsche Hausnummer sei ein Formfehler, der nicht zur Rechtswidrigkeit des Einsatzes führe.

Die Staatsanwaltschaft ermittle gegen mehrere Personen, die vom „Haus der Begegnung“ aus am 19. Februar Gewalttaten koordiniert haben sollen. „Wir prüfen jetzt, wer was getan hat und was strafrechtlich relevant ist“, so Hille.

Thomas Hartwig

Sächsische Zeitung

Wenn zwei sich streiten, leidet der Dritte

Von Frank Richter

Frank Richter, der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, über die Gewalt am 19. Februar. Wer Rechtsextremisten mit linker Gewalttätigkeit zu bekämpfen sucht, bedient deren Argumentations- und Aktionsrepertoire, lautet sein Urteil.

Eines dürfte klar sein nach diesem 19. Februar: Die Mehrheit der Bürger wurde in die Zange genommen. „Rechte“ und „Linke“, Extremisten und Chaoten, Frustrierte und Aufgehetzte griffen die Gelegenheit beim Schopf. Sie ließen die Sau raus und gaben ihrem Affen Zucker. Sie legten Feuer. Sie schmissen Steine. Sie zerschlugen Fensterscheiben. Sie verletzten unter dem Deckmantel der Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit zweiundachtzig Polizisten und andere Personen, so jedenfalls berichteten die Zeitungen am Montag. Den Polizisten aus der ganzen Republik müssen wir öffentlich sagen: Es tut uns leid!

82 Mitmenschen, 82 Familien – verstreut über die ganze Republik – werden in Zukunft an nichts Gutes denken, wenn sie an Dresden denken. Hoffentlich erlitt kein Einziger einen bleibenden Schaden. Hoffentlich erleidet die Stadt an der Elbe keinen bleibenden Schaden. Sie muss sich wehren. Sie muss aus der Not eine Tugend machen. Sie muss mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, dass ihr Gewalt zuwider ist. Kein einziger politischer Konflikt löst sich durch eingeschlagene Fensterscheiben und angezündete Mülltonnen.

Jeder Politiker, dessen Äußerungen geeignet waren, die verschiedenen Formen der Gewalttätigkeit nicht eindeutig genug zu ächten, sollte sich in Zukunft dreimal überlegen, was er sagt. Man darf nicht mit dem Feuer spielen. Die friedliche Gesinnung all derer, die zu Demonstrationen und Kundgebungen aufgerufen haben, erweist ihre Glaubwürdigkeit im Nachhinein wohl am stärksten in der Art, in der sie die Ablehnung der ausgeübten Gewalt zum Ausdruck bringt.

Die Versammlungsfreiheit gehört zu den hohen Gütern unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir haben sie uns auf den Straßen der friedlichen Revolution selbst erkämpft. Wir müssen sie schützen. Was am 19. Februar auf den Straßen Dresdens geschah, schlug der Gesinnung der friedlichen Revolution ins Gesicht. Das „heilige Band“ mit der Aufschrift „Keine Gewalt“ fand Beachtung in der Zeitung, nicht aber auf der Straße. Die Mahnwachen vor den Kirchen waren gut und fromm und im besten Sinne des Wortes naiv. Sie fanden wenig Widerhall. Das war der Unterschied zu 1989. Wo sind wir hingekommen?

Wir wissen: Je mehr äußere Freiheit wir haben, desto mehr innere Disziplin ist vonnöten. Wir wollen die Freiheit. Deshalb müssen wir uns disziplinieren. Wer sich selbst nicht disziplinieren kann, wer die Freiheit zum Anlass nimmt, seine Mitmenschen zu drangsalieren, muss zur Ordnung gerufen werden.

Unmissverständlich. Wer Rechtsextremisten samt ihrer hochgefährlichen Ideologie mit linker Gewalttätigkeit zu bekämpfen sucht, bedient deren Argumentations- und Aktionsrepertoire. Er bringt den Rechtsstaat in Schwierigkeiten. Er sägt am Ast, auf dem er sitzt. Er setzt sich dem Verdacht aus, Undemokratisches im Schilde zu führen. Er muss sich nicht wundern, wenn sich der demokratisch legitimierte Staat auch gegen ihn zur Wehr setzt.

Ist es Ihnen auch aufgefallen? In dem Moment, in dem sie Gewalt gegen andere anwenden, ähneln Links- und Rechtsextreme wie ein Ei dem anderen. In ihren Prinzipien sind sie wohl zu unterscheiden. In ihren Erscheinungsformen kaum. Wer zwischen die Fronten gerät, hat in jedem Fall das Nachsehen. Zwischen die Fronten geraten zuerst die Polizisten – von Amts wegen. Sie halten den Kopf hin.

Danach halten die Dresdner den Kopf hin, die zu einem großen Teil nicht wissen, wie ihnen geschieht. Viele möchten sich raushalten. Sie spüren, dass sie dies eigentlich nicht können. Die Auseinandersetzung um die Demokratie erlaubt keine Neutralität. Die Dresdner sollten es sich nicht gefallen lassen, dass Feinde der Demokratie ihre Stadt in Geiselhaut nehmen.

Und schließlich der Rechtsstaat, der unsere Rechtsordnung aufrechtzuerhalten verpflichtet ist. Muss er dies auch für diejenigen tun, die diese Rechtsordnung mit Füßen treten? Gibt es nicht auch in dieser Hinsicht Grenzen?

Natürlich. Aber nicht nur Grenzen, auch Möglichkeiten. Steinewerfer und Mülltonnenanzünder fallen nicht vom Himmel. Sie wachsen auf – unter uns, in Dresden, in Sachsen und auch anderswo. Sie rotten sich nicht zufällig zusammen. Sie werden zusammengeführt (besser gesagt: verführt). Ihre Aufmärsche werden organisiert, deutschland- und europaweit, wie man hört. Von wem? Über diese Frage kann sich jeder gut informieren. Der Bericht des Verfassungsschutzes ist frei zugänglich.

Ein paar andere Fragen scheinen mir ebenso wichtig: Warum führt sie niemand anderes? Gibt es in unserer Gesellschaft keine anderen Organisationen, die sich ihrer annehmen? Wer versagt in der Bildung und Erziehung so vieler junger Menschen?

Der Staat, der zu repressiven Maßnahmen greift, um seine Bürger zu schützen, muss sich mit gleicher Kraft um die Prävention bemühen. Extremistische Denk- und Verhaltensmuster sind das Ergebnis einer tiefgreifenden Desorientierung. Sie gedeihen dort am besten, wo es an guten und natürlichen Autoritäten fehlt.

Freilich: Vielleicht stößt der Staat in Sachen Bildung und Erziehung noch schneller an seine Grenzen als bei der Durchsetzung von Recht und Ordnung. Wir alle

müssen uns vor Augen halten: Wenn wir jugendlichen Gewalttätern entgegenrufen, „Wir wollen euch hier nicht!“, müssen wir uns auch fragen: Wer will sie denn, und wo?

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2694826>

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Umstrittener SEK-Einsatz vom 19. Februar wird für Ermittler zum Desaster: Richtererlaubnis galt für ein anderes Gebäude

Falsches Haus gestürmt – Beweise unbrauchbar?

Von Andreas Weller

Riesen-Panne beim Sturm auf die Parteizentrale der Linken: Das Sondereinsatzkommando (SEK), das am Sonnabend in den Komplex Großenhainer Straße 93 einfiel, hätte dort offenbar gar nicht hin gedurft. Der Durchsuchungsbefehl galt für die Großenhainer Straße 86a. Der zuständige Staatsanwalt hat den Beschluss für die falsche Adresse beantragt. Der Lapsus könnte zum handfesten Skandal führen.

Aufgebrochene Türen, 20 Festnahmen, beschlagnahmte Handys, Computer und Akten: Die 120 LKA-Beamten hinterließen eine Spur der Verwüstung im „Haus der Begegnung“ (HDB) mit der Linken-Zentrale, Wohnungen, Anwaltsbüro und Jugendhaus des linkennahen Vereins „Roter Baum“. Es geht um schweren Landfriedensbruch und Bildung einer kriminellen Vereinigung!

LKA-Sprecherin Silvine Reiche: „Die Ermittler erhielten Hinweise, dass sich in dem Gebäudekomplex Linksextreme aufhalten, die Gewaltstraftaten zum 19. Februar koordinieren.“ Dann der Patzer: Staatsanwalt Ingolf Wagner beantragte den Durchsuchungsbeschluss – und in der Hektik wurde die Adresse Großenhainer Straße 86a bei Google gefunden. Dort befindet sich die Geschäftsstelle „Roter Baum“ - ein ganzes Stück entfernt und auf der anderen Seite der Straße.

„Das SEK hat offensichtlich das falsche Gebäude gestürmt“, so Linke-Anwalt André Schollbach. „Der Einsatz scheint komplett aus dem Ruder gelaufen zu sein. Die richterliche Anordnung begrenzte sich ausdrücklich auf die Großenhainer Straße 86a.“ „Ein Übermittlungsfehler“, sagt Staatsanwalt Jan Hille. „Allen Beteiligten war klar, dass es um das dann durchsuchte Objekt geht.“

Die Linke kündigte rechtliche Schritte an. Schollbach will richterlich feststellen lassen, dass Durchsuchung und Beschlagnahmungen rechtswidrig waren. Der drohende Skandal: Selbst wenn Beweise gefunden worden sein sollten, kann es sein, dass diese nicht verwendet werden dürfen. Das sieht Hille anders: „Ein Formfehler macht die Maßnahme nicht unwirksam.“ Das werden nun wohl Gerichte klären.

Mehr als dämlich

Von Andreas Weller

Dass ein Sondereinsatzkommando das – wie behauptet – richtige Gebäude stürmt, auf dem Durchsuchungsbeschluss aber die falsche Adresse steht, gibt es wohl auch nicht so häufig! Dieser Vorgang ist an Peinlichkeit kaum zu überbieten. Zumal er schlimme Folgen haben kann.

Mal ehrlich: Nach dem Einsatzgeschehen wie am 19. februar in Dresden sind alle Einsatzkräfte zum Abend hin platt. Wenn Staatsanwaltschaft und LKA dann noch per Telefonüberwachung versuchen, die Krawall-Koordinatoren auszumachen, wird es schon mal hektisch. Aber bei den Formalitäten darf halt nicht geschlampt werden – und schon gar nicht, wenn es um so heftige Vorwürfe wie Bildung einer kriminellen Vereinigung und schweren Landfriedensbruch geht.

Bei allem Verständnis für die widrigen Einsatzbedingungen und dem sicherlich hohen Erfolgsdruck, endlich handfeste Beweise zu bekommen: Das war mehr als dämlich! Spätestens jetzt wissen diejenigen, die das LKA sucht, dass sie überwacht werden – selbst wenn sie gar nicht an der Großenhainer Straße agieren. Hier wurde womöglich etwas mühsam Ermittelttes durch eine Unachtsamkeit eingerissen.

Dazu werden eine Partei und ein ihr nahestehender Verein kriminalisiert. Das ist undemokratisch und kreuzgefährlich, solange die Beweise nicht erdrückend sind. Ganz zu schweigen von dem möglichen Schadensersatz, für den im Zweifel wir als Steuerzahler aufkommen müssen.
